

Herr Claus Meyer: Er habe hinsichtlich der geplanten Umgestaltung des Platzes am Hanselbrunnen Bedenken. Es sei zu befürchten, dass der Wegfall von Parkplätzen negative Auswirkungen für den Handel haben werde. Er bitte deshalb in dieser Sache um eine faire Abstimmung. Die Bedenken der Gewerbetreibenden seien den Fraktionssprechern bereits vorgetragen worden.

Oberbürgermeister Frei: Eine faire und ausgewogene Beratung sei selbstverständlich. Dementsprechend werde es dann auch zu einer fairen Abstimmung kommen.

2) TOP 1-020/11 Stadtrat Frank Kühn - Ausscheiden aus dem Gemeinderat

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

3) TOP 1-021/11 Schmitt Maria - Nachrücken in den Gemeinderat

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

4) TOP 4-045/11 Kindergarten Wunderfitz / Erweiterung - überplanmäßige Ausgabe

Herr Bunse erläutert mit einer Power Point Präsentation, in welchen Bereichen und aus welchen Gründen Mehrkosten entstanden sind. Im Vergleich zur Kostenermittlung seien die Ausstattungskosten um 6 % überzogen worden. Zur Vermeidung dieser Mehrkosten, hätten in der Realisierungsphase günstigere Alternativen gesucht und, wenn solche nicht möglich gewesen wären, Einsparungen an anderer Stelle vorgenommen werden müssen. In der Schlussphase sei die Kommunikation zwischen dem Handwerksbetrieb, dem Architekten und dem Bauamt unzureichend gewesen. Dies habe dazu geführt, dass sich ergebende Mehrkosten viel zu spät erkannt worden seien. Aus diesem Grund habe hinsichtlich der Einhaltung der Kosten nicht mehr gehandelt werden können. Die Verwaltung werde prüfen, wer die Mehrkosten zu verantworten habe und ob eventuell Regressansprüche geltend gemacht werden können.

Oberbürgermeister Frei: Die Erläuterungen von Herrn Bunse seien der Versuch einer Erklärung und keine Entschuldigung für ein mögliches Fehlverhalten. Mit der Gemeindeprüfungsanstalt sei vereinbart, dass diese die Angelegenheit prüfe. Aus Sicht der Verwaltung hätte die Stadt hinsichtlich notwendiger Einsparungen noch reagieren können, wenn die Baufirma beziehungsweise das Büro, das mit der Bauleitung betraut war, die Verwaltung rechtzeitig über die Mehrkosten informiert hätte. In diesem Fall hätten noch Einsparungen an anderer Stelle vorgenommen werden können.

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

5) TOP 4-055/11 Platz am Hanselbrunnen - Umgestaltung (Haushaltsberatung)

Oberbürgermeister Frei: Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes im Gemeinderat erfolge auf Wunsch des Gemeinderates. Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, die Angelegenheit im Technischen Ausschuss vorzubereiten. Die Verwaltung sei mit der Vorlage dieses Beratungspunktes dem im Rahmen der Haushaltsreden geäußerten Wunsch nachgekommen. Mit den vom Stadtbauamt erarbeiteten drei Vorschlägen solle lediglich aufgezeigt werden, welche Ausgestaltungsmöglichkeiten es gebe. Die öffentliche Diskussion in den vergangenen Tagen zu diesem Thema habe er deshalb als ärgerlich empfunden. Im Gemeinderat dürfe über alles beraten und diskutiert werden. Jedem Einzelnen sei es auch erlaubt, dazu seine Meinung sachlich zu äußern. Hinsichtlich einer möglichen Umgestaltung des Platzes am Hanselbrunnen gebe es keinerlei Zeitdruck. Der Gemeinderat könne sich darüber Gedanken machen, müsse hinsichtlich seiner Entscheidung aber nichts übers Knie brechen.

Stadtrat Hall: Auch er habe sich über die Diskussion in den vergangenen Tagen geärgert. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, dass die Emotionen über den Antrag der CDU-Fraktion so hochgekocht seien. Wie bereits von Herrn Oberbürgermeister Frei erwähnt, handle es sich bei den Entwürfen des Stadtbauamtes lediglich um Vorschläge. Diese seien weder abschließend noch endgültig. Der Antrag der CDU-Fraktion sei alles andere als Aktionismus. Er halte es für gerechtfertigt, über dieses Thema im Gemeinderat zu sprechen. Den Leserbrief mit der Reaktion des FDP-Stadtverbandsvorsitzenden Niko Raidt könne er nicht nachvollziehen.

Es gebe in Donaueschingen unterschiedliche Interessensgruppen. Deren Vorstellungen seien vielschichtig und hinsichtlich der Bedürfnisse sehr differenziert. Es sei daher keine leichte Aufgabe, diese Interessen zusammenzuführen und eine gute Lösung für alle zu finden. Die Variante 3 scheide für die CDU-Fraktion aus. Es sei notwendig, die Verkehrsverhältnisse beim Postamt zu verbessern. Notwendig sei aber auch eine ausreichende Zahl an Parkplätzen. Falls solche im Bereich des Platzes am Hanselbrunnen wegfallen sollten, müsse Ersatz in unmittelbarer Nähe geschaffen werden. Geschäftsinhaber in diesem Bereich und deren Angestellte sollten ihre Fahrzeuge nicht direkt vor dem jeweiligen Geschäft parken. Die Verwaltung sollte in diesem Sinne Einfluss nehmen. Vorstellbar sei für ihn, dass der Abschnitt zwischen Werderstraße und Schulstraße als verkehrsberuhigte Zone ausgewiesen werde. Ebenfalls könne die Schulstraße in die Kurzparkzone mit einbezogen werden. Dies würde bewirken, dass den Kunden der Geschäfte in der Karlstraße mehr Parkplätze zur Verfügung stünden. Von der Verwaltung solle auch geprüft werden, ob auf privaten Grundstücken entlang der Karlstraße öffentliche Parkplätze geschaffen werden können. Ebenfalls sei zu prüfen, ob das Parken auf dem Parkplatz beim City-Markt besser organisiert werden könne. Dadurch könnten unter Umständen zusätzliche Parkplätze geschaffen werden.

Stadtrat Karrer: Der Platz am Hanselbrunnen werde in der jetzigen Form von der Bevölkerung und von Touristen sehr gut angenommen. Er sehe deshalb keine Notwendigkeit, Geld für die Umgestaltung dieses Platzes auszugeben. Sinnvoller sei es, das für die Umgestaltung notwendige Geld für kulturelle Veranstaltungen auf dem Max-Rieple-Platz auszugeben. Die unterschiedlichen Qualitäten der beiden Plätze sollten genutzt werden. Der Max-Rieple-Platz eigne sich sehr gut für Konzerte und Ähnliches und solle deshalb in diese Richtung stärker entwickelt werden. Die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für die Karlstraße halte er für sinnvoll und wichtig. Ein solches sollte deshalb erarbeitet werden. Für die SPD-Fraktion sei ein verkehrsberuhigter Bereich genauso denkbar wie eine Fußgängerzone. Es sollten deshalb verschiedene Varianten hinsichtlich Ihrer Auswirkungen auf den gesamtstädtischen Verkehr simuliert werden. Der Bau eines Parkhauses oder die Anlage zusätzlicher Parkplätze auf dem Lidl Grundstück hinter dem Rathaus seien denkbar.

Die SPD-Fraktion halte diese Möglichkeit der Parkplatzschaffung aber für zu teuer.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Er persönlich halte eine Verkehrsberuhigung in der gesamten Innenstadt für sinnvoll. Diese Maßnahme sei geeignet, die Attraktivität des Stadtzentrums zu steigern und werde dem Einzelhandel nicht schaden. Wichtig sei aber die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts. Dieses müsse aber bereits am Inneren Ring ansetzen. Auf die Linksabbiegespuren an den Kreuzungen Villingen Straße und Friedhofstraße könnte verzichtet werden. Denkbar sei es auch, diese beizubehalten, dann allerdings ohne eigene Grünphase. Die FDP/FW-Fraktion halte eine Nutzung der Grünfläche auf dem Lidl-Areal als öffentlicher Parkplatz für denkbar. Ein Parkhaus könne später gebaut werden. Wiederholt werde von der Fraktion der schon früher gemachte Vorschlag, die Fahrtrichtung in der Max-Egon-Straße umzudrehen. Bei einer Änderung in dieser Form werde für den Pkw-Verkehr die Möglichkeit eröffnet, die Karlstraße nach Westen zu befahren und vor dem verkehrsberuhigten Bereich auszuweichen. Die Realisierung der vorliegenden Variante 2 für die Umgestaltung des Platzes am Hanselbrunnen sei aus Sicht der FDP-Fraktion denkbar und solle deshalb auch weiterverfolgt werden.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die Variante 3 sei die schönste Variante. Diese sei aber für die Anlieger nicht akzeptabel und werde von der GUB-Fraktion deshalb auch nicht befürwortet. Bevor irgendeine Variante umgesetzt werde, müsse für die wegfallenden Parkplätze Ersatz gefunden werden. Die GUB-Fraktion halte einen verkehrsberuhigten Bereich am Platz am Hanselbrunnen für denkbar. Sie unterstütze den Vorschlag der CDU-Fraktion, die Parkplätze am City-Markt neu zu ordnen.

Stadtrat Blaurock: Er danke Herrn Hall für die Anregung, dieses Thema zu diskutieren und der Verwaltung für die Ausarbeitung dieser Sitzungsvorlage. Die Reaktion in der Bevölkerung zeige, dass die Diskussion gerechtfertigt und richtig sei. Vor der Realisierung solcher Pläne sollte jedoch der Wettbewerb zur besseren Anbindung des Residenzbereiches an das Stadtzentrum umgesetzt werden. Die Fraktion Die Grünen spreche sich für ein umfassendes Verkehrskonzept aus, das alle Varianten und alle Auswirkungen beleuchte. Es sei die gesamte Achse zwischen dem Platz am Hanselbrunnen, dem Max-Rieple-Platz und dem Park zu entwickeln. Für sofort realisierbar halte seine Fraktion die Einrichtung einer verkehrsberuhigten Zone zwischen Werderstraße und Schulstraße; dies allerdings ohne weitere bauliche Maßnahmen.

Stadtrat Roland Erndle: Die FDP-Fraktion, ausgenommen Herr Dr. Klotzbücher, könne nicht nachvollziehen, weshalb der Platz am Hanselbrunnen umgestaltet werden solle. Es gebe keine Gründe, die für eine Änderung sprechen. Der Platz werde in seiner jetzigen Form sehr gut angenommen. Wenn die Stadt im Verkehrsbereich investieren wolle, sollte der Umsetzung des Architektenwettbewerbes für die Anbindung des Residenzbereichs an die Innenstadt Priorität eingeräumt werden. Zu den drei vorliegenden Varianten schlage die FDP/FW-Fraktion deshalb vor, als Variante 4 die Umsetzung des Architektenwettbewerbes zur Anbindung des Residenzbereichs an das Stadtzentrum sowie die Verbesserung der Anbindung des Posthofareals an die Innenstadt als Ziel vorzusehen.

Herr Patrick Schmoll: Die geplante Neubebauung des Posthofareals und die Einführung der Tempo 30 km/h Zone in Donaueschingen könne unter Umständen einen Rückgang der Kaufkraft in der Innenstadt bewirken. Deshalb sei es sinnvoll, abzuwarten wie sich diese Maßnahmen auswirken, bevor in der Karlstraße eine der drei aufgezeigten Varianten umgesetzt werde. Bei der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt sei zu berücksichtigen, dass bei der Diskussion um eine weitere Verkehrsberuhigung oder gar um eine Fußgängerzone eine Ganzjahresbetrachtung angestellt werde. Wenn bei der Diskussion nur die Situation in den Sommermonaten berücksichtigt werde, ergebe sich ein falsches Bild und werde den Gegebenheiten außerhalb der Sommermonate nicht gerecht. In den Wintermonaten ergebe sich nämlich eine ganz andere Situation. Donaueschingen sei seiner

Ansicht nach für die Einrichtung einer Fußgängerzone nicht geeignet; dies insbesondere im Hinblick auf das nicht sehr große Stadtzentrum und die Gegebenheiten der Verkehrsführung. Hinzu komme, dass die möglicherweise wegfallenden Parkplätze im Stadtzentrum bisher am meisten frequentiert seien.

Oberbürgermeister Frei: Bei ihren Bemühungen um den Erhalt des Prädikats „Erholungsort“ sei die Verwaltung gerade eben einen Schritt weitergekommen. Im Sinne dieser Zielsetzung sei von einer unabhängigen Stelle im Zeitraum eines Jahres die Luftqualität in der Karlstraße gemessen worden. In der jetzt vorliegenden Analyse seien alle Messwerte im Toleranzbereich für die Zertifizierung. Beim Stickoxid lägen diese aber relativ nahe am Erlaubten. Auch aus diesem Grund sei es notwendig, hinsichtlich einer möglichen Reduzierung des Verkehrs in der Innenstadt weitere Überlegungen anzustellen.

Die Größe einer Stadt habe seiner Ansicht nach nichts damit zu tun, ob eine Fußgängerzone sinnvoll sei oder nicht. Viel mehr komme es auf die jeweilige Topographie an. In dieser Hinsicht halte er Donaueschingen nicht für eine Fußgängerzone geeignet.

Nicht für sinnvoll halte er den Bau eines Parkhauses. Für dessen Wirtschaftlichkeit müssten Parkgebühren erhoben werden. Dies wiederum würde bewirken, dass dann auch Parkgebühren in der gesamten Innenstadt erhoben werden müssten. Das kostenfreie Parken, das sich für den Einzelhandel im Stadtzentrum bisher als besonderer Vorteil zeige, werde es dann nicht mehr geben.

Stadtrat Fischer: Er appelliere an die Verwaltung, die Dauerparker besonders die in der Karlstraße, besser zu überwachen. Notfalls müsste auch mit so genannten Parkkrallen gearbeitet werden. Zur Ermittlung der Zahl der nur durchfahrenden Fahrzeuge sollte eine Befragung durchgeführt werden. Auch sollten in der Innenstadt Fahrradparkplätze ausgewiesen werden. Die derzeitige Grünfläche vor dem Lokal „Irish Pub“ sollte gepflastert und zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität für Familien verwendet werden. Auch sollten auf dem Max-Rieple-Platz zusätzliche Sitzflächen organisiert werden. Die Verwaltung sollte auch prüfen, ob in der Karlstraße anstatt der verkehrsberuhigten Zone eine 20-Kilometer-Zone eingerichtet werden könne. Ebenfalls sollte diese dafür sorgen, dass leer stehende Immobilien wieder belebt werden.

Stadtrat Kuttruff: Der Fokus solle von der Karlstraße genommen werden. Wichtiger sei es, das Problem gesamtstädtisch zu diskutieren.

Stadtrat Vetter: In den Haushaltsplanentwurf 2012 sollten Mittel für die Erstellung eines umfangreichen Verkehrsgutachtens eingestellt werden.

Stadträtin Wesle: Zuerst solle der Architektenwettbewerb zur Verbesserung der Anbindung des Residenzbereiches umgesetzt werden. Erst danach sollten weitere Konzepte und Maßnahmen in Angriff genommen werden.

Oberbürgermeister Frei: Er schlage vor, das Thema „Entwicklung der Donaueschinger Innenstadt“ im Lauf des Jahres 2012 im Rahmen einer Klausurtagung unter Hinzuziehung externer Moderatoren zu beraten. Die Vertreter des Einzelhandels sowie alle anderen Beteiligten und Betroffenen sollen dabei angemessen eingebunden werden. Er empfehle, in der heutigen Sitzung keine Beschlüsse zu fassen. Sinnvoll sei es, 2012 die Planungen für den Residenzbereich zu erstellen und die Sanierung des Fürstenberg-Gymnasiums zu beginnen.

Beschluss:

Dem Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister Frei, im Jahr 2012 das Thema bei einer Klausurtagung / Workshop zu beraten und alle Beteiligten in die Diskussion einzubeziehen, wird zugestimmt.

(einstimmig)

6.1) TOP 4-066/11 Juniperusweg, 1. BA / Donaueschingen-Allmendshofen - Vergabe

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

7) TOP 5-002/11 Erddeponie "Auf dem Weiler" - Weiterer Betrieb

Herr Bea erläutert ergänzend zur Sitzungsvorlage den Tagesordnungspunkt.

Oberbürgermeister Frei: (Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Die Vorhaltung einer Erddeponie sei keine städtische Aufgabe. Es gebe genügend private Anbieter. Aus diesem Grund empfehle die Verwaltung auch, jegliche Einschränkungen aufzugeben.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(27 Ja, 2 Enthaltungen)

8) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Hindenburgring

Oberbürgermeister Frei: (Auf Frage von Stadtrat Bäurer) Es sei vorgesehen, den Verkehrsfluss im Hindenburgring weiter zu optimieren. Hinsichtlich der grünen Welle sei die Verwaltung schon im Gespräch mit dem Straßenverkehrsamt. Für Linksabbieger werde es voraussichtlich eine gute Lösung geben.

Feuerwehrfahrzeuge – Anschaffungskosten

Stadtrat Blaurock: Er bitte um Auskunft, zu den Medienberichten, wonach das Bundeskartellamt im Februar 2011 Bußgeldbescheide in Höhe von über 20 Millionen Euro gegen mehrere Hersteller von Feuerwehrfahrzeugen verhängt habe, weil mehrere Firmen von 2001 bis 2009 Preisabsprachen getroffen hätten. Daraus könne geschlossen werden, dass Feuerwehrfahrzeuge überteuert verkauft worden seien.

Bürgermeister Kaiser: Auch die Stadt Donaueschingen habe in dem genannten Zeitraum von einer betroffenen Firma Feuerwehrfahrzeuge gekauft. Die Verwaltung befasse sich deshalb mit diesem Thema. Ob mögliche Schadensersatzforderungen realisiert werden könnten, sei jetzt aber noch nicht abzusehen. Dies deshalb nicht, weil die Stadt unter Umständen nicht nachweisen könne, ob ihr überhaupt ein Schaden entstanden sei, nach dem sie sich bei der europaweiten Ausschreibung immer für das günstigste Angebot entschieden habe.

Plakatierung

Herr Hubert Zimmermann: (Auf Frage von Stadtrat Rolle) Das Plakatieren sei in Donaueschingen durch Satzung geregelt. Für den Fall, dass Plakate nicht rechtzeitig entfernt werden und die Technischen Dienste tätig werden müssen, sei auch eine Kautions hinterlegen. Auf das Plakatieren auf Privatgrundstücken habe die Stadtverwaltung keinen Einfluss.